



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

F/X/75 - 31.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Sicherheit und deutsche Einheit	S. 1
Eine "Geheimkonferenz" in Brüssel	S. 4
Das "Prager Manifest" in Karlsruhe	S. 6

* * *

Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung einer Reihe von voraussichtlich sechs Artikeln des Bundestagsabgeordneten Fritz Erler zu Fragen der Sicherheit und deutschen Einheit. Die Beiträge sind in sich abgeschlossen, wenn sie auch in einem sachlichen Zusammenhang stehen. Sie werden in Abständen von zwei bis drei Tagen versandt werden.

Sicherheit und deutsche Einheit

Von Fritz Erler, M.d.B.

I.

Sicherheit durch Schrecken?

Das britische Weissbuch und die Erörterungen im britischen Unterhaus haben nicht nur Großbritannien, sondern die ganze Welt aufhorchen lassen. Schonungslos ist jetzt klagemacht, dass ein künftiger Krieg die Vernichtung ganzer Länder und die Ausrottung ganzer Völker bedeuten würde. Das Schicksal der Menschheit steht auf dem Spiel. Sie hat die technischen Mittel entwickelt, um sich selbst auszulöschen.

In dieser Situation greift England zu dem verzweifelten Versuch, durch die Entwicklung auch einer britischen Wasserstoffbombe Einfluß auf das Weltgeschehen zu erhalten. Der Abg. Healey hat dargelegt, dass die Besitzer von Wasserstoffbomben noch relativ am besten geschützt

31.3.1955

seien, denn sie würden sich aus Furcht vor Vergeltung diese Waffe nicht gegenseitig in ihre Länder werfen, sondern im Konfliktfall versuchen, die Heere des Gegners auf dem Territorium dritter Staaten, z.B. auf dem europäischen Kontinent, zu vernichten. Ein trauriger Trost selbst für britische Ohren; eine tödliche Drohung für ganz Europa.

Jeder Krieg wird ein Atomkrieg sein

Der britische Militärschriftsteller Liddel Hart hat auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die gerade durch die noch geltende atlantische Verteidigungsplanung heraufbeschworen werden. Nach den Beschlüssen der Atlantikorganisation beruht ihre Verteidigungsplanung auf der Verwendung taktischer Atomwaffen. Der britische Feldmarschall Montgomery hat ausgeführt, dass die Nordatlantikorganisation den Punkt der Entwicklung bereits überschritten habe, von dem aus es noch möglich wäre, die Organisation auf die Nichtanwendung von Atomwaffen umzustellen. Damit ist es klar, dass die theoretisch den Ministern im Atlantikrat vorbehaltene Entscheidung über den tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen nur auf dem Papier steht. Wenn es einen Konflikt gibt, wird er ein Atomkrieg sein.

So kommt Liddel Hart zu dem Ergebnis, dass es für die Sicherheitsprobleme der Gegenwart in Wahrheit überhaupt keine militärischen, sondern nur noch politische Lösungen gebe. Der "Daily Herald" schrieb hierzu: "Wasserstoffbomben und Träume von starker Sprache sind kein Ersatz für die Arbeit eines Außenministers". Er folgt damit der Erkenntnis des Weissbuches der britischen Regierung, aus der leider noch nicht die dringend erforderlichen Konsequenzen gezogen worden sind, "dass ein größerer Krieg nur gänzliche Vernichtung für beide Seiten im Gefolge haben kann. Aus dieser Erkenntnis kann eine neue Hoffnung erwachsen. Der bewaffnete Waffenstillstand kann sich so vielleicht über die Koexistenz zu einem wirklichen Frieden entwickeln".

Damit ist die Aufgabe gestellt. Sie heißt Abrüstung. Der Weg dahin ist sicher schwierig. Man kann dem Westen nicht zumuten, die Atomwaffen, in denen er überlegen ist, fortzuwerfen, wenn die Sowjetunion in den sogenannten klassischen Waffen ihre erdrückende Übermacht be-

wahrt. Man kann umgekehrt von der Sowjetunion keine Einschränkung der klassischen Waffen erhoffen, solange sie nicht weiß, dass es auch zu einem Abkommen auf dem Gebiet der Atomenergie kommt. Und kein Partner wird eine Abrüstungsabrede ernst nehmen, deren Einhaltung durch den Gegner nicht durch eine wirksame internationale Kontrolle überprüft werden kann.

Kein dauernder Friede bei geteiltem Deutschland

Während in London noch um die Abrüstung verhandelt wird, nimmt das Atomwettüsten seinen Lauf. Selbst in Frankreich werden Stimmen laut, sich an ihm zu beteiligen. Voraussetzung für eine Beendigung dieses Wettlaufes ist der ehrliche Versuch zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Mächteblöcken. Deshalb müssen Verhandlungen den Vorrang vor dem Wettüsten haben. Mit seltener Einmütigkeit hat die französische Öffentlichkeit in Gemeinschaft mit ihrer Regierung betont, dass nach der Annahme der Pariser Verträge durch den Rat der Republik nunmehr unbedingt Ost/West-Verhandlungen herbeigeführt werden müssen. Es nützt aber nichts, wenn auf allen Seiten die Notwendigkeit und Bereitschaft zu Verhandlungen betont wird, aber niemand eine wirkliche Initiative dazu ergreift. Ohne eine solche Initiative bleibt die Erklärung über die Verhandlungsbereitschaft nichts als ein Alibi zur Tarnung des Wettüstens auf allen Seiten.

Verhandlungen allein tun es nicht. Man muß wissen, worüber verhandelt werden soll. Die Weltmächte wiegen sich in einer Illusion, wenn sie glauben, dass man das Nebeneinanderleben der beiden Blöcke gründen könne auf die Fortdauer der Spaltung Deutschlands. Solange Deutschland gespalten bleibt, geht der Kalte Krieg weiter, und solange bleibt die Gefahr bestehen, dass aus dem Kalten Krieg ein Heißer wird. Eine dauerhafte Friedensordnung in Europa ist nur möglich, wenn Deutschland in Freiheit wiedervereinigt wird.

In einer Zeit, in der sich Ost/West-Verhandlungen als Möglichkeit abzeichnen, muß die Bundesregierung die deutschen Vorschläge dazu präsentieren. Sonst besteht die Gefahr, dass die Ost/West-Verhandlungen der trügerischen Illusion einer Entspannung bei Fortdauer der Teilung Deutschlands dienen. * * *

Grenzen des IBFG

Von einem Sonderkorrespondenten

Brüssel, Ende März

Die englische Agentur Reuter meldete dieser Tage in alle Welt hinaus, am 25. und 26. März habe in Brüssel eine Geheimsitzung der englischen, amerikanischen, englischen und deutschen Gewerkschaften stattgefunden. Aus Kreisen der freien Gewerkschaftsinternationale (IBFG) höre man, der Zweck der Tagung sei gewesen, die deutschen Gewerkschaften zum Verzicht auf ihre Opposition gegen die Wiederaufrüstung zu bringen. Eine verspätete offizielle Pressemitteilung des Generalsekretariats des IBFG, die daraufhin ausgegeben wurde, erklärt, an der Tagung hätten Vertreter der Mitgliedsorganisationen des IBFG aus den Ländern teilgenommen, die an den Verträgen von Paris und London beteiligt sind. Über den Verlauf und die Stellungnahmen der einzelnen Delegationen auf der "Geheimsitzung" sagt die offizielle Erklärung des IBFG-Sekretariates nichts. Sie führt nur diplomatisch allgemein gehaltene Punkte auf, die "dem Vorstand des IBFG zur weiteren Erwägung" überwiesen wurden.

Dieser Satz dürfte die Brücke von der Reutermeldung zur offiziellen IBFG-Meldung schlagen. Die Tagung in Brüssel konnte gar keinen beschlußfassenden Charakter haben. Weder Präsident und europäischer Regionalsekretär noch einzelne Gewerkschaftsbünde sind Instanzen, die über die Haltung eines angeschlossenen Mitgliedverbandes zu Gericht sitzen, ihn zur Aufgabe einer bestimmten politischen Haltung zwingen können. Gewerkschaftsführer, vor allem in den traditionellen kontinentalen Gewerkschaften, sind ebenso wie britische Gewerkschaftsführer und die eng mit der amerikanischen Außenpolitik zusammenarbeitenden nordamerikanischen Gewerkschaftsmänner gewöhnlich auch Persönlichkeiten einer politischen Partei. Danach richtet sich auch in erster Linie ihre Haltung in einer bestimmten politischen Frage, Wünsche oder gar Forderungen ausländischer Mitglieder desselben internationalen Zweckverbandes wie des IBFG, die in diese Richtung gingen, würden als Zumutung empfunden und abgelehnt werden. Der IBFG betont seinen demokratischen Charakter. Gerade dieser verbietet und verwirft als

31.3.1955

undemokratisch und unmoralisch, Mitglieder unter Druck zu setzen.

Reuters verriet im Grunde kein Geheimnis. Sowohl die amerikanischen wie die englischen Gewerkschaften haben sich wohl gemerkt, ohne den Deutschen Gewerkschaftsbund ihrerseits darüber zu befragen - für die Wiederaufrüstung Deutschlands ausgesprochen. Man versucht die verschiedenste Weise, den DGB zu einer Billigung der Pariser Verträge zu bewegen. Die nordamerikanische AFL tat das in einem öffentlichen Appell, der von den Adenaueranhängern im Bundestag den Gewerkschafter-Abgeordneten triumphierend vorgehalten werden konnte. Zweifellos hat man auch in direkten Besprechungen schon vor der so sensationell gewordenen "Geheimsitzung" sich bemüht, den DGB der angelsächsischen außenpolitischen Linie anzuhängen.

Sicher hat die sogenannte Geheimsitzung den deutschen Gewerkschaftsführern gezeigt, wie unendlich schwer es ist, im Westen Verständnis für die notwendigen Voraussetzungen einer deutschen Wiedervereinigung, für eine saubere Regelung der Saarfrage und für die Gefahren einer gegeneinander gerichteten Aufrüstung der beiden Teile Deutschlands zu erwecken. Aber sie dürfte auch denjenigen, die nicht eigene Großmachtinteressen mit internationaler Gewerkschaftssolidarität verwechseln klargemacht haben, wie wenig sich die deutsche Arbeiterbewegung einfach "an die Leine nehmen" lässt, ehe sie ihr eigenes Haus in Ordnung gebracht hat.

Knapp 30 Kilometer südwestlich Brüssel liegt Waterloo. Vor gerade 140 Jahren wurde dort der napoleonische Imperialismus endgültig besiegt. Vom englischen Marschall Sir Wellington, sagen die Fremdenführer. Es war für jene Zeit die blutigste bis dahin gekannte Schlacht, die von Waterloo oder Belle-Alliance, wie sie auch heißt. 30.000 Gefallene ließ Napoleon auf dem Schlachtfeld, mit 22.000 bezahlte Wellington den Sieg. Aber unter diesen 22.000 Toten befanden sich 7000 Preußen, 6000 Hannoveraner, weitere 5000 der "Deutschen Legion", der "Brigade Hessen-Nassau". Zählt man zu diesen die Toten der holländischen und belgischen Hilfstruppen Wellingtons hinzu, so versteht man vielleicht das in Deutschland so weit verbreitete Mißtrauen, wieder, wie bei Waterloo, die erste Linie einer großen angelsächsischen Militärformation bilden zu sollen. * * *

KPD sucht Entlastungszeugen

W.P. Der Prozess gegen die KPD in Karlsruhe ist zum dritten Male, diesmal auf unbestimmte Zeit, vertagt worden. Immer neue Berge von Akten hatten die Anwälte der Regierung und der beklagten Partei herangezogen, von beiden Seiten wurden endlose Reden gehalten, geduldig hörte das Gericht zu, lediglich zur Steuerung des formalen Ablaufs gelegentlich eingreifend. Kein Wunder, dass die Kommunisten jede Gelegenheit ausnutzen, die dieser politische Prozess bietet, um die Propagandatrommel zu rühren, an ihre scheindemokratische Brust zu schlagen und sich schon jetzt mit einer Märtyrergloriole umgeben. Dabei berufen sie sich natürlich gelegentlich auch auf die SPD, sobald ihnen das nützlich erscheint.

Die volkdemokratisch, sprich kommunistisch orientierte "Deutsche Woche" in München kommentierte in ihrer vorletzten Ausgabe den Karlsruher Prozess. Sie berichtete u.a., dass die KPD-Prozessvertreter als Antwort auf von der Bundesregierung vorgelegte Auszüge aus der Brüsseler KPD-Konferenz vom Jahre 1935 das Prager Manifest der SPD erläutert und dabei festgestellt hätten, dass das, wofür heute die KPD als verfassungswidrig beschuldigt würde, damals von der SPD in den Grundzügen übereinstimmend vertreten worden sei. Die "Deutsche Woche" zählt auch eine Anzahl von Grundsätzen auf, die im Prager Manifest von 1934 enthalten sind, allerdings aus dem Zusammenhang gerissen und geschickt für den KP-Hausgebrauch zusammengestellt.

Das genau ein Jahr nach Hitlers Machtergreifung in Prag veröffentlichte Manifest der deutschen Sozialdemokratie wurde beschlossen unter den Bedingungen des illegalen Kampfes und unter dem Druck des Terrors, der damals in Deutschland herrschte, nachdem der Nazismus die freiheitliche Ordnung beseitigt und mit dem Ermächtigungsgesetz dem Reichstag das ausschliessliche Gesetzgebungsrecht genommen hatte; nachdem ferner Tausende von Deutschen wegen ihrer politischen Überzeugung in KZs verschleppt und zu Tode geprügelt worden waren. In dem Manifest geht es um die Wiedereroberung der demokratischen Rechte,

wobei darüber Klarheit bestand, dass der Kampf um die Demokratie identisch sein müßte mit dem "Kampf um die völlige Niederringung der nationalsozialistischen Staatsmacht".

Das Prager Manifest legte nun fest, welche Schritte ergriffen werden sollten, sobald es einer revolutionären Bewegung unter Führung der Sozialdemokratie gelungen wäre, das Naziregime zu stürzen. Eine Anzahl der geforderten Maßnahmen mutet heute unzeitgemäß an. Andere sind später im Zuge der Säuberung Deutschlands von Nazismus von allen Siegermächten durchgeführt worden, wie etwa die Aburteilung der Staatsverbrecher, die Reinigung der Bürokratie durch sofortige Umbesetzung der leitenden Stellen oder die Organisierung einer zuverlässigen Polizei. Leider erfolgte die Säuberung Deutschlands vom Nazismus auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, mit dem die Sieger in starkem Maße ihre Sonderinteressen auf Kosten des deutschen Volkes durchsetzen.

Nach der äußeren Katastrophe des Zusammenbruchs verlor dieses Kampfprogramm gegen die Hitler-Despotie seinen ursprünglichen Sinn und seine eigentliche Bedeutung und ist nach 1945 auch nicht zur Grundlage der politischen Arbeit der wiedergegründeten Sozialdemokratie gemacht worden. Denn Weg und Ziel der SPD bestimmen die von der Mitgliedschaft gewählten Delegierten der Parteitage, von Hannover 1946 angefangen bis nach Berlin, wo 1954 die jetzige Fassung des Aktionsprogramm erarbeitet wurde.

Das Prager Manifest kann daher keinesfalls - zumal die KPD zugibt die Ziele des illegalen Kampfes auch heute noch zu vertreten - als Beweismittel zur Feststellung der Parteilichkeit des Gerichtes herangezogen werden. Der demokratische Sozialismus beruht - in schroffem Gegensatz zum Kommunismus - auf der parlamentarischen Demokratie mit ihren verfassungsmässigen Grundrechten aller Staatsbürger. Diesen Grundsatz hat die Sozialdemokratie zu keiner Zeit aufgegeben, auch nicht im Prager Manifest von 1934.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau